

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**am 06.02.2013**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr

**Anwesend:**

CDU

Frau Brinkmann  
Herr Krumhöfner  
Herr Langeworth

SPD

Herr Nockemann  
Herr Suchla  
Frau Weissenfeld                      Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Sander

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein  
Herr Kläs  
Frau Puffer  
Frau Rammert  
Herr Schneider                      anwesend bis 18.05 Uhr  
Frau Scigala                          anwesend bis 18.00 Uhr  
Herr Epp  
Frau Häckel  
Frau Krause  
Herr Wendt

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams                              anwesend bis 18.00 Uhr  
Herr Gödde  
Frau Hirsch                              anwesend bis 18.15 Uhr  
Herr Lemhoefer  
Herr Onckels  
Herr Potschies  
Frau Voigt                                anwesend bis 18.05 Uhr

### Verwaltung

Herr Wörmann  
Frau Duffert  
Herr Feldmann  
Herr Flachmann

Projektbüro für integrierte Projektplanung und Prävention  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
(Schriftführer)

### Gäste

Frau Krüger-Gembus  
Frau Münder  
Herr Kassebrock  
Herr Magsamen

Diakonie für Bielefeld  
Gesellschaft für Sozialarbeit  
Beratungsstelle Bethel  
AWO

## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

### **Zu Punkt 1      Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.01.2013**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.01.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 2      Mitteilungen**

- 2.1 Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Einladung zur Fachtagung „Beziehungen stärken und Bewegung fördern“ am 13.03.2013.
- 2.2 Herr Wendt teilt mit, dass die Vorlage „Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2013/2014“, die im Vorfeld in den Bezirksvertretungen und am 06.03.2013 im JHA beraten wird, im Ratsinformationssystem unter der Drucksachen-Nummer 5277/2009-2014 eingesehen werden kann.
- 2.3 Herr Wendt weist auf die dieses Jahr anstehenden Schöffen- und Jugendschöffenwahlen hin. Er betont, dass es sich um dabei um getrennte Verfahren handelt. Für die Aufstellung der Vorschlagsliste für die Jugendschöffen seien die entsprechenden Verbände, Institutionen und Parteien vom Jugendamt angeschrieben worden mit der Bitte, erzieherisch befähigte und in der Jugendhilfe erfahrene Personen für das Amt der Jugendschöffen vorzuschlagen.
- 2.4 Herr Epp bezieht sich auf die Artikel in beiden Bielefelder Tageszeitungen über Missbrauchsfälle in einer Jugendhilfeeinrichtung. Diese Einrichtung sei vom Jugendamt der Stadt Bielefeld nicht für Belegungen in Anspruch genommen worden.
- 2.5 Vorsitzende Frau Weißenfeld gibt im Auftrag von der Demographiebeauftragten Frau Tatje das Buch „Unsere Zukunft - Meine Stadt“ zur Kenntnis.
- 2.6 Herr Onckels weist auf die Veranstaltung am Aschermittwoch

„Bielefeld bleib(t) sozial“ auf dem Rathausvorplatz hin.

### Zu Punkt 3 Anfragen

#### Zu Punkt 3.1 Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5289/2009-2014

Herr Wendt beantwortet die Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE wie folgt:

Frage 1

***Plant die Stadt Bielefeld über KiTa-Platz-Sharing zusätzlich U3-Plätze zu organisieren?***

Die Stadt plant diese Angebotsform nicht, da sie nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht bedarfsgerecht wäre. Sowohl die durchgeführte Elternbefragung als auch die aktuellen Trägergespräche für das KiTa-Jahr 2013/2014 ergeben Betreuungsbedarfe, die eine 92%-ige Betreuung im Umfang von 35 Stunden bis 45 Stunden erfordert. Außerhalb dieses Rahmens ist es für die einzelne KiTa organisatorisch kaum möglich, Platz-Sharing zu organisieren.

Aber auch aus pädagogischen Gründen begegnen der hier fraglichen Betreuungsform Bedenken, da durch einen erhöhten Wechsel der Kinder in den Gruppenformen, die auch einen inhaltlichen aufbauenden (Orientierungs-) Rahmen geben, Eingewöhnungs- und Entwicklungsphasen sehr schwer abzustimmen sind.

Gleichwohl kann es in wenigen Einzelfällen zu Platz-Sharing Anfragen kommen, deren Umsetzungen individuell zu lösen sind.

Frage 2

***Wie ist die aktuelle Gruppengröße und ist eine Aufstockung geplant (in KiTas, bei Tagespflege und Ü3-Betreuung)?***

Die Gruppengrößen sind entsprechend der Regelungen im KiBiz verbindlich vorgegeben (Anlage zu § 19 KiBiz). Sie sind u. a. Grundlage der jeweiligen Betriebserlaubnis. Im Rahmen eines in beide Richtungen gehenden 10%igen Belegungskorridors erfolgt keine Anpassung in der Finanzierung. Für das kommende KiTa-Jahr 2013/2014 ist mit den Träger in der Gruppenform II eine Belegung mit 11 U 3-Kinder (anstelle von 10 Kindern) vereinbart und finanziell hinterlegt. Auch wurde in der Gruppenform I eine Belegung mit 6 U 3-Kindern (gesetzlich möglich Bandbreite 4 – 6 Kinder U 3) fest vereinbart. In der Tagespflege gibt es keine Besonderheiten.

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich auch angesichts des Rechtsanspruchs die Belegungsvereinbarungen im gesetzlich möglichen Rahmen des KiBiz bewegen.

Frage 3

***Wie hoch ist der Krankheitsstand bei städtischen KiTa-Beschäftigten und bei den freien Trägern und wie wird die***

### ***Vertretung im Krankheitsfall organisiert?***

Grundsätzlich halten sich alle Träger an die Personalvereinbarung bei der Besetzung, auch im Krankheitsfall. Anderenfalls würde die Betriebserlaubnis erlöschen mit der Folge der sofortigen Schließung bzw. im Zweifelsfall von Haftungsansprüchen. Die Vertretungsregelungen sind von Träger zu Träger unterschiedlich, auch je nach personeller Grundausstattung. Poolbildungen sowie Aufstockungen stellen Möglichkeiten einer Vertretungsregelung dar. Aussagen zum Krankenstand in Form von %-Werten liegen von den Trägern nicht vor, können aber auch nicht vom örtlichen Jugendhilfeträger verlangt werden.

Für die städtischen Einrichtungen ist festzuhalten und auch dem Personalbericht der Stadt zu entnehmen, dass der Krankenstand bei Erzieherinnen und Erziehern, sowie bei einigen anderen Berufsgruppen über dem Durchschnitt der Gesamtverwaltung liegt.

---

#### **Zu Punkt 4 Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

---

#### **Zu Punkt 5 Bericht über Beratungsstellen**

Frau Krüger-Gembus, Frau Münder und Herr Kassebrock berichten über die Bielefelder Familienberatungsstellen, insbesondere über deren strukturellen und inhaltlichen Veränderungen und beantworten im Anschluss die Nachfragen von Frau Hellweg, Herrn Sander, Frau Rammert, Herrn Adams und Herrn Suchla.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich im Namen des JHA für den Vortrag. Dieser sei hinsichtlich der anstehenden Beratungen zu den Leistungsverträgen zu einem guten Zeitpunkt erfolgt.

---

#### **Zu Punkt 6 Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5 - Soziales**

**hier:**

**a) Vorstellung der Zielmatrix für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt**

**b) Vorstellung der Zielmatrix für das Projektbüro für integrierte Sozialplanung und Prävention**

**und Umsetzung des Themenschwerpunktes 2013 - "Kein Kind zurücklassen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5248/2009-2014

Herr Wörmann erläutert den Aufbau und die Struktur der Zielmatrizen.

Herr Langeworth stellt fest, dass in den Matrizen sowohl bereits bekannte als auch neue Maßnahmen enthalten sind. Auf seine Nachfrage, ob für die neuen Maßnahmen noch eine Beschlussvorlage vorgelegt werde, erwidert Herr Wörmann, dass in der Zielmatrix des Projektbüros im Wesentlichen neue Projekte enthalten sind, für die zur Zeit ein Konzept entwickelt werde. Nach Fertigstellung werde dieses Konzept im JHA vorgestellt.

Auf Bitte von Herrn Suchla erläutert Herr Epp anhand eines Beispiels die Systematik der Matrizen.

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den dargestellten Maßnahmen ausschließlich um solche des öffentlichen Trägers handelt, bittet Frau Häckel darum deutlich zu machen, dass es sich lediglich um einen Ausschnitt der Aufgaben in der Jugendhilfe handelt. Sie schlägt deshalb vor, die Überschrift des Zielplanungskreislaufes entsprechend zu ändern.

Herr Wörmann entgegnet, dass es sich bei den Matrizen ausschließlich um eine Darstellung der Arbeit des öffentlichen Trägers handelt.

In den „Zielplanungsprozesses Jugend & Soziales“ wiederum werden die freien Träger im Rahmen der Durchführung von dialogischen Fachforen mit eingebunden.

Im Anschluss beantworten Herr Epp und Herr Wörmann die inhaltlichen Nachfragen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet die Verwaltung, zur Schulsozialarbeit BuT in einer der nächsten Sitzungen eine aktualisierte Aufstellung vorzulegen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Dialogisches Verfahren zur Qualitätssicherung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5010/2009-2014

Herr Wendt teilt mit, dass Frau Stillger als Vorsitzende des Fachbeirates für Mädchenarbeit kritisiert habe, dass diese Vorlage nicht für die Beratung im Fachbeirat vorgesehen ist.

Herr Wendt entschuldigt sich für das Versehen der Verwaltung. Die nächste Sitzung des Fachbeirates findet am 13.02.2013 statt. In dieser Sitzung werde die Informationsvorlage nun vorgelegt.

Frau Häckel verweist auf die zu dieser Informationsvorlage als Tischvorlage vorliegende Stellungnahme der AG nach § 78 Jugendarbeit mit folgendem Wortlaut:

„Wir haben als Freie Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit die Einführung des Dialogischen Verfahrens ausdrücklich begrüßt, weil damit ein Verfahren implementiert wurde, dass die Qualitätssicherung der OKJA (nicht die Kontrolle) in die gemeinsame Verantwortung stellt von Jugendamt und Freien Trägern. Wir verstehen dieses Dialogische Verfahren als einen guten Einstieg in ein weiterzuentwickelndes Verfahren.

### **Anmerkungen**

Vor dem Hintergrund der Erörterungen zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ist es nicht nachvollziehbar, warum dieser Bericht zum Dialogischen Verfahren erst jetzt erscheint, da es bereits Mitte 2012 beendet war.

Die in allen Bereichen schleichende Umstellung von der Festfinanzierung zur Projektfinanzierung erschwert die gesicherte **Finanzierung** auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dadurch sind die Träger zur Drittmittelakquise gezwungen. Dies bindet ihre personellen und finanziellen Ressourcen. Deswegen müssen die Rahmenbedingungen für diesen Bereich verbessert werden.

Die unterschiedliche Ausstattung der Einrichtungen mit **Fachkraftstellen** macht deutlich, dass die Hälfte der Einrichtungen mit 1 Fachkraftstelle (1 Angebot davon mit nur einem 0,5 FK-Stellenanteil) auskommen muss. Gut, dass dieser Bericht auf diese Situation hinweist, die wir als inakzeptabel ansehen.

Neben den Hinweisen auf die Problemstellungen zu **Jugendarbeit und Schule** im Bericht ist es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihrem sozialpädagogischen Bildungsangebot ein unverzichtbarer Bestandteil in und neben den schulischen Angeboten für Kinder und Jugendliche ist. Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet mit ihren außerschulischen Angeboten und Orten Freiräume, die für die Persönlichkeitsentwicklung von Mädchen und Jungen unverzichtbar sind.

Es ist erfreulich, dass im Bericht der besondere fachliche Blick der Jugendhilfe im Kontext von Schule betont wird. Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, dass dieses Profil der Jugendhilfe in den kommunalen Bildungslandschaften Anerkennung findet.

Der Bericht und unsere Stellungnahme machen deutlich, dass die Anforderungen an die Qualität der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin hoch sind und sie deshalb einer angemessenen Ausstattung bedarf.“

Anschließend beantwortet Frau Duffert die Nachfragen von Vorsitzender Frau Weißenfeld, Herrn Suchla und Herrn Kläs.

Frau Hellweg spricht sich dafür aus, im Rahmen der OKJA nicht noch weitere schulische Förderangebote zu machen. Schließlich bestehe nach dem BuT die Möglichkeit, den Förderbedarf im Rahmen des Offenen Ganztages zu decken.

Herr Lemhoefer weist darauf hin, dass die genannten Fachkraftstellen aufgrund der Kürzungsbeschlüsse nicht mehr in vollem Umfang besetzt

sind.

Herr Gödde macht darauf aufmerksam, dass bei weiteren Kürzungen auch keine Ressourcen mehr bestünden, um erforderliche Drittmittel akquirieren zu können.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**Zu Punkt 8      Umsetzung neues Vormundschaftsrecht**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5254/2009-2014

Herr Feldmann steht für Nachfragen zur Verfügung.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bezeichnet es als Fortschritt, dass nun regelmäßige Kontakte zwischen Vormündern/Pfleger/inne/n und Kindern/Jugendlichen erfolgen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**Zu Punkt 9      Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächste JHA-Sitzung am 06.03.2013 folgende Themen an:

- Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2013/2014
- Vorstellung des Vereins „Weisser Ring“
- Beschlussvorlage zur Sprachförderung/-bildung

Bielefeld, den 06.02.2013

---

gez. Weißenfeld  
(Vorsitzende)

---

gez. Flachmann  
(Schriftführer)



